

---

## Martin Kempe: Von den Schwierigkeiten des Dialogs - Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen

---

Martin Kempe, geb. 1943 in Bad Salzuflen, studierte Politikwissenschaften, Geschichte und Soziologie in Berlin, volontierte in der Redaktion des Berliner „Tagesspiegel“. Seit der Gründung der Zeitung 1979 ist er innenpolitischer Redakteur der „tageszeitung“ (taz) mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik und Gewerkschaften.

### Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen: Distanz oder Annäherung?

Die Grünen haben im Dezember 1985 ihren Bundeskongreß wegen Wackersdorf unterbrochen. Keiner von den Delegierten - nicht einmal die aus der linksgewerkschaftlichen Ecke - wäre auf die Idee gekommen, den Kongreß wegen der gleichzeitig laufenden Protestaktionen des DGB gegen die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz zu unterbrechen. Und umgekehrt hat man von den Gewerkschaften kaum eine ernstzunehmende Äußerung zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage gehört, einem Projekt, das die Schwelle zum „Atomstaat“ exakt markiert und gegen das Zehntausende aus der fränkischen Provinz zusammen mit den Stahlwerkern aus der nahegelegenen, von Schließung bedrohten Maxhütte („WAA nein! Maxhütte ja!“) Sturm laufen.

Ende 1985/Anfang 1986 scheinen sich neue soziale Bewegungen und Gewerkschaften so fremd gegenüberzustehen wie eh und je in den letzten zehn Jahren, in denen Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung zu Massenbewegungen anschwellen und die Themen der öffentlichen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik mehr bestimmen als in allen anderen vergleichbaren Ländern Westeuropas. Fremdheit also, undurchlässige Grenzen zwischen den sozialen und politischen Milieus der neuen sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften - trotz aller Aufgeregtheiten um rot-grüne Koalitionen. Und schließlich auch eine gewisse Ungleichzeitigkeit: Erschlaffung, Rückzug, Parlamentarisierung bei den spontanen, organisatorisch ungefestigten Protestbewegungen - Aufbäumen und erhöhte Konfliktbereitschaft bei einem Teil der hochorganisierten Industriegewerkschaften angesichts von Massenarbeitslosigkeit und regierungsamtlich forcierter sozialer Entrechtungs- und Verelendungsprozesse.

Aber das oberflächliche Bild täuscht. Zwar scheint die Zeit der spektakulären Protestbewegungen vorerst vorbei zu sein. Aber ihre Wirkungen gehen weiter, drücken sich aus in veränderten Lebenseinstellungen von Millionen Menschen, von denen die meisten wohl niemals an einer Demonstration teilgenommen haben. Dieser mit dem Schlagwort „Wertewandel“ nur unzureichend

umschriebene Veränderungsprozeß hat sicher auch einen Großteil der Gewerkschaftsmitglieder erfaßt.

Teilweise spiegelt sich dies inzwischen in der offiziellen Programmatik des DGB und einiger Gewerkschaften wider. Lange Jahre hat der DGB gebraucht, um beispielsweise Anschluß an die Friedensbewegung zu finden und seine Strukturen für die Diskussionen und Konflikte innerhalb der Friedensbewegung zu öffnen. Dennoch kann bis heute von einem eigenständigen Beitrag der Gewerkschaften zur Friedensbewegung - bis auf jene fünf „Mahnminuten“ des DGB einen Monat vor der Friedenswoche im Herbst 1983 - keine Rede sein. Die Diskussion um spezifisch gewerkschaftliche Mobilisierungsformen im Rahmen einer umfassenden politischen Bewegung ist seitdem wieder verlandet.

Was die Ökologieproblematik angeht, zeigen die Gewerkschaften nach wie vor ein Janusgesicht, besonders dann, wenn sich Ökologie und unmittelbare Arbeitsplatzinteressen nicht so nahtlos miteinander vereinbaren lassen, wie es das Programm des DGB zum „Qualitativen Wachstum“ gerne hätte. Noch Ende letzten Jahres sprach sich der DGB in Nordrhein-Westfalen für die unbedingte Inbetriebnahme der gigantischen Investitionsruine Schneller Brüter in Kaikar aus, während die IG Metall das Waldsterben und andere ökologische Katastrophenszenarios eindrucksvoll und in Millionenaufgabe in ihrem Mitgliedermagazin „metall“ aufbereitete. Umweltschutz wird, dies scheint mir der herrschende Trend in den Gewerkschaften zu sein, nicht um seiner selbst willen gefordert, sondern lediglich - nach dem Motto „Nur umweltverträgliche Arbeitsplätze sind sichere Arbeitsplätze“ - als präventiver Schutz vor Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zielt die Umweltschutzprogrammatik des **DGB** ausdrücklich auf einen Modernitäts- und damit Konkurrenzvorsprung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt - ein Umstand, der es beispielsweise verbietet, den Individualverkehr so radikal als ökologisches Problem zu thematisieren, wie es der Sache nach geboten wäre. Die Gewerkschaften als moderner, vorausdenkender Partner des Kapitals - dies ist die Quintessenz derzeitiger gewerkschaftlicher Umweltpolitik in ihrem Bestreben, die ökologische Problematik in die gewerkschaftliche Vollbeschäftigungsstrategie zu integrieren.<sup>1</sup>

Sicher haben die Gewerkschaften die eine oder andere Forderung der neuen sozialen Bewegungen inzwischen in ihre Forderungskataloge aufgenommen. Und dies ist zweifellos wichtig als Signal für innergewerkschaftliche Veränderungsprozesse. Aber es bleibt doch meist folgenlos für die Kernbereiche der praktischen Gewerkschaftsarbeit. Ein Beispiel ist die aufsehenerregende Forderung des ÖTV-Gewerkschaftstages 1984 in Karlsruhe nach ersatzloser Streichung des Abtreibungs-Paragrafen 218. Immerhin hat mit der

---

<sup>1</sup> Ausführlicher zum Verhältnis der Gewerkschaften zur Friedens- und Ökologieproblematik: Martin Kempe, Öffnung, Integration, Ausgrenzung: offizielle Gewerkschaftspolitik und „grüne Herausforderung“, in: Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt, Hans Joachim Sperling (Hg), Arbeit zwischen Gift und Grün, Kritisches Gewerkschafts Jahrbuch 1985, Berlin 1985.

ÖTV erstmals eine gesellschaftliche Großorganisation diese Forderung der Frauenbewegung übernommen, was in dieser Klarheit bisher nicht einmal die Grünen geschafft haben. Und dennoch muß der ÖTV-Beschluß weitgehend deklamatorischen Charakter behalten. Gesellschaftliche Realität verändert er unmittelbar nicht, weil er als Forderung an den Gesetzgeber außerhalb der unmittelbaren Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaft liegt.

#### Kann es ein Bündnis geben? Das Beispiel Arbeitszeit

Viel interessanter scheint mir deshalb die Frage, inwieweit die von den neuen sozialen Bewegungen artikulierten veränderten gesellschaftlichen Wertvorstellungen in die unmittelbare gewerkschaftliche Arbeit eingehen, ob es also in den originär gewerkschaftlichen Politikfeldern eine Öffnung für neue Denkansätze aus dem gesellschaftskritischen, außergewerkschaftlichen Milieu gibt. Wenn dies der Fall ist, bleibt auf lange Sicht ein wie auch immer geartetes Bündnis zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der alten Gewerkschaftsbewegung denkbar. Und gerade ein solches Bündnis ist, wenn man einem auf dem „Hattinger Forum“ (DGB-Bundesschule Hattingen) im November 1985 verlesenen Manuskript des französischen Theoretikers Andre Gorz glauben darf, eine der Grundvoraussetzungen für eine progressive Auflösung der derzeitigen Gesellschaftskrise.

Nun mag allein die Tatsache, daß Andre Gorz, der vor Jahren den neuen sozialen Bewegungen das Stichwort vom „Abschied vom Proletariat“ geliefert hat, inzwischen in Einrichtungen des DGB mit Daniel Cohn-Bendit über eben diesen Abschied diskutieren kann<sup>2</sup>, ein Indiz für Öffnung, Wandel und mögliche Brückenschläge sein. Immerhin äußerte auch ein prominenter Gewerkschafter wie Hans Janßen (IGM) auf einer arbeitszeitpolitischen Tagung im Vorfeld des Arbeitskampfes für die 35-Stunden-Woche das Bedürfnis nach einem „Dialog“ mit jenen, „die eine andere, alternative Organisation der Arbeitsgesellschaft mit immer weniger organisierter Erwerbsarbeit wollen“<sup>3</sup>. Auch wenn Janßens Aufforderung zum Dialog seinerzeit sowohl in den Gewerkschaften wie auch in den neuen sozialen Bewegungen weitgehend ungehört verhallte, verweist sie zumindest auf die Möglichkeit konzeptioneller Veränderung in einem Kernbereich gewerkschaftlicher Politik, der Arbeitszeitpolitik. Ich möchte deshalb die Chancen und Barrieren eines solchen Dialogs an der Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften ein wenig genauer erörtern.

Andre Gorz hatte noch vor zweieinhalb Jahren, im Rahmen eines Seminars der Bundesjugendschule des DGB, einem - prinzipiell notwendigen - Bündnis zwischen den neuen sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften mit dem Ziel radikaler Arbeitszeitverkürzungen wenig Chancen gegeben.<sup>4</sup> Denn die

---

2 Abschied vom Proletariat? Protokoll einer Arbeitstagung der Bundesjugendschule des DGB, Oberursel, Düsseldorf und Oberursel 1983.

3 Hans Janßen, Die Arbeitszeitpolitik der IG Metall - Notwendigkeiten und Perspektiven, in: Hans Mayr, Hans Janßen, Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung, Köln 1984.

4 Vgl. Abschied, a. a. O.

Gewerkschaften seien so fest in die repressiv strukturierte Arbeitswelt eingebunden, so sehr selbst zum aktiven Träger des allein der Leistung und Produktivität verpflichteten industriellen Arbeitsethos geworden, daß von ihnen keinerlei Impulse in Richtung auf eine Befreiung von der Arbeit zu erwarten seien. Aber das möglichst weite Zurückdrängen der hierarchischen, auf Effektivität und Leistung hin orientierten Sphäre der „notwendigen Arbeit“ ist für Gorz Voraussetzung für die freie Entwicklung der Individuen und letztlich der Gesellschaft.

Die dafür notwendige weitreichende Arbeitszeitverkürzung, so war Gorz' Einschätzung damals, werde von den Gewerkschaften eher abgeblockt denn gefördert, weil sie dadurch ihre organisatorische und ideologische Basis gefährdet sähen. Deshalb müßten den Gewerkschaften die außerhalb der Sphäre industrieller Produktion sich entwickelnden neuen sozialen Bewegungen letztlich als feindlich erscheinen und mitsamt ihren neuen Freiheitsvorstellungen abgewehrt oder gar bekämpft werden. Die Gewerkschaften entwickelten sich schließlich zu einer gesellschaftlich konservativen Kraft des herrschenden industriellen Blocks - eine Einschätzung, die durch mancherlei Abgrenzungsmanöver gegenüber den unterschiedlichen Protestbewegungen der letzten Jahre nicht allzu fern liegt.

Der Franzose Gorz wußte damals offensichtlich nicht, daß sich die IG Metall zur gleichen Zeit intensiver als je zuvor auf einen Arbeitskampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung vorbereitete. Und er konnte auch nicht wissen, daß zwei Monate zuvor der verantwortliche Tarifpolitiker der IG Metall, Hans Janßen, auf der Sprockhöveler Arbeitszeitkonferenz geradezu emphatisch ein Loblied auf die Muße, die Freizeit und das Nichtstun gesungen hatte - als hätte er es bei Gorz selber nachgelesen.<sup>5</sup> Natürlich blieb diese Passage in Janßens Referat - ebenso wie sein Dialogangebot in Richtung neue soziale Bewegungen - schließlich eine Episode. Im Arbeitskampf selbst hatte die alte gewerkschaftliche Forderung auf das „Recht auf Arbeit“ das Motiv „Recht auf Nicht-Arbeit“, auf von Erwerbsarbeit freie Zeit wieder verdrängt.

Aber immerhin: Die Gewerkschaften IG Druck und Papier und IG Metall führten einen mehrwöchigen, erbitterten Arbeitskampf für kürzere Arbeitszeit, begaben sich also auf den Weg in die Gorzsche Zukunftsgesellschaft, wenn auch mit anderen Motiven, als dem Philosophen lieb sein mag. Und so ist in seinem Beitrag für das „Hattinger Forum“ vom Herbst 1985 hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften eine deutliche Akzentverschiebung festzustellen: „Eine Verallgemeinerung fortschreitender Arbeitszeitverkürzungen“, meint er nun, „kann allerdings unmöglich von der Gewerkschaftsbewegung allein durchgesetzt werden“.<sup>6</sup> Der Theoretiker der neuen sozialen Bewegungen scheint sich also doch nicht endgültig vom Proletariat verabschiedet zu haben. Denn mit dem Arbeitskampf vom letzten Jahr hat sich die Gewerkschaftsbe-

---

<sup>5</sup> Janßen, a. a. O.

<sup>6</sup> Andre Gorz, Arbeitszeitverkürzung - und was dann? Für ein strategisches Konzept, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau, 23.11.1985.

wegung, oder zumindest der konfliktfähige, aktive Teil von ihr, als potentieller Bündnispartner für die neuen sozialen Bewegungen rehabilitiert.

Aber es bleiben noch genug Differenzen. Schon auf der Sprockhöveler Konferenz mußten die Organisatoren der Konferenz erst durch eine Mitarbeiterin des WSI darauf hingewiesen werden, daß sie unter den rund 20 Referenten nicht eine einzige Frau eingeladen hatten. Dies mag im Gesamtablauf des Arbeitskampfes eine winzige Episode gewesen sein, aber im Gegensatz zu Janßens verbalen Brückenschlägen zur Alternativbewegung ist es eine, die kennzeichnend für das Gesamte ist. Als gäbe es nicht seit Jahren und Jahrzehnten eine Frauenbewegung, die das Verhältnis von produktiver und reproduktiver Arbeit als Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern immer und immer wieder thematisiert hat, nehmen sich die Gewerkschaften der Geschlechterproblematik bei der Arbeitszeitfrage bis heute nicht hinreichend an. Dabei könnte ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gerade dadurch eine neue gesellschaftliche Brisanz und zusätzliche Mobilisierungskraft erhalten. Gesellschaftlich notwendige Arbeit, sagt die Frauenbewegung mit Recht seit Jahr und Tag, ist mehr als Erwerbsarbeit, umfaßt auch einen Großteil der reproduktiven Hausarbeit, die immer schon hauptsächlich von den Frauen gemacht wird. Die Gewerkschaften reagieren auf diese Situation, auf die vielbeklagte „Doppelbelastung“ der Frauen mit der Forderung, es müßten die außerhäuslichen Dienstleistungen, Kindergärten, Altenpflagestätten usw. vom Staat ausgebaut werden, um die Frauen zu entlasten und ihnen damit die Möglichkeit zur Berufstätigkeit zu eröffnen. Einige Gewerkschaften fordern gleichzeitig den Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen.

Alle diese Lösungsstrategien zeichnen sich dadurch aus, daß die Männer, Väter, Ehepartner darin nicht vorkommen. Eine Gleichverteilung der notwendigen Berufs- und Hausarbeiten auf die Geschlechter aber müßte in die Arbeitsverhältnisse der Männer eingreifen. Deshalb hegt es auf der Hand, daß die Frauen in bezug auf die zu erkämpfende freie Zeit andere Forderungen anzumelden haben als die Männer, und zwar nicht nur hinsichtlich ihres eigenen Zeitgewinns, sondern auch in bezug auf den der Männer.

Eine Arbeitszeitstrategie, die den Konflikt zwischen Berufs- und Hausarbeit für die Frauen nicht zumindest thematisiert und perspektivisch entschärft, hat der konservativen „Heim und Herd“-Ideologie der Ausgrenzung nichts Glaubwürdiges entgegenzusetzen. Und eine Arbeitszeitverkürzung, die die krasse Ungleichheit bei der Verteilung der gesellschaftlich notwendigen reproduktiven Arbeiten zwischen den Geschlechtern nicht wenigstens ansatzweise angeht, ist für jene großen Teile der neuen sozialen Bewegungen nur bedingt bündnisfähig, die durch die Frauenbewegung beeinflusst sind.

Eine intensive Diskussion in den Gewerkschaften über ihren bisherigen, auf die Erwerbsarbeit eingeschränkten Arbeitsbegriff könnte ihnen ganz neue, lebensnähere Argumente für die Arbeitszeitverkürzung an die Hand geben - Argumente, die über das notwendige, aber auf die Dauer monotone „Arbeit

für alle“ hinausgehen. Spätestens in der nächsten Arbeitszeitrunde werden die Gewerkschaften wieder den unternehmerorientierten Flexi-Forderungen ausgesetzt sein. Wenn die Gewerkschaften nicht endlich den Reproduktionsbereich - oder einfacher: die „privaten“ Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten - ihrer Mitglieder ernst nehmen, werden sie niemals begründen können, warum nach ihrer Ansicht dem Kinderrhythmus einer Familie Vorrang vor dem Produktionsrhythmus des Unternehmens gebührt.

Die Gebrochenheit auch der progressiven gewerkschaftlichen Strategien gegenüber dem außergewerkschaftlichen gesellschaftskritischen Milieu zeigt sich vielleicht am deutlichsten in ihrem Verhältnis zu den Arbeitslosen. Inzwischen haben mehrere Gewerkschaften ihre Satzungen insoweit geändert, daß arbeitslose Jugendliche, die einen Arbeitsplatz innerhalb ihres Geltungsbereichs suchen, auch Mitglied werden können. Das ist ein Fortschritt gegenüber der früheren völligen Ausgrenzung der Arbeitslosen, aber es ist keine wirkliche Öffnung. Weder im DGB noch bei den Gewerkschaften gibt es Strukturen, in die Arbeitslose - ob nun organisiert oder unorganisiert - sich mit ihren gegenwärtigen Problemen einbringen können. Es gibt kaum Beratungs- und Vertretungskapazitäten etwa gegenüber dem Arbeits- oder Sozialamt („dafür ist die AWO zuständig“) und schon gar keinen organisatorischen Rahmen, in dem Arbeitslose sich politisch artikulieren und aktivieren können. Die Arbeitslosen werden so zur Randgruppe gemacht, die nur darauf hoffen und warten können, daß die kampfstarken Facharbeiter irgendwann einmal mit der 30-Stunden-Woche auch die Vollbeschäftigung wieder erstreikt haben werden.

Klaus Lang, der Leiter der Tarif abteilung der IG Metall, begründete während des „Hattinger Forums“ im November 1985 noch einmal ausdrücklich die zentrale Bedeutung der Arbeitszeitverkürzung für die Strategie der IG Metall.<sup>7</sup> Allein diese Strategie sei die progressive Antwort auf die Massenarbeitslosigkeit, und allein sie bringe die Interessen der Beschäftigten und der ausgegrenzten Krisenbetroffenen auf einen Nenner. Dies mag perspektivisch zutreffen - als Versprechen auf eine ferne Zukunft, die aber derzeit kaum abzusehen ist. Denn erst wenn die Arbeitszeitverkürzung zur Reintegration aller Ausgegrenzten in den Arbeitsprozeß geführt hat, also die Gesamtheit aller von Lohnarbeit Abhängigen ihre Existenz wieder durch Erwerbsarbeit sichern kann, ist das Ziel erreicht. Dies ist ein langer Weg und wohl auf absehbare Zeit ein unerreichbares Ziel. Und es ist ein Versprechen, das die Arbeitslosen selbst tendenziell zu passiven, ohnmächtigen Zuschauern eines Kampfes macht, den eine starke Gewerkschaft stellvertretend für sie führt.

#### Ein anderes Beispiel: Italien

In den italienischen Gewerkschaften ist die Diskussion anders gelaufen. Bruno Trentin, Generalsekretär der italienischen Metallarbeitergewerk-

---

<sup>7</sup> Martin Kempe, Der Weg aus der Krise ins Reich der Freiheit, die tageszeitung, 28.11.1985.

schaften, entwarf in Hattingen eine alternative Option gewerkschaftlicher Politik - nicht im Gegensatz zur Strategie der Arbeitszeitverkürzung, aber doch mit deutlich anderer Akzentsetzung. Er will schon jetzt, sagt er, den Konflikt zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen sowie der Masse der prekär oder gar nicht Beschäftigten „in die Gewerkschaften hineinnehmen“. Dies soll eine „neue Solidarität“ schon heute und nicht erst in ferner Zukunft ermöglichen. Aus diesem Grund kann der Betrieb nach Trentin nicht das alleinige Feld der gewerkschaftlichen Aktion bleiben. Alle „Themen des sozialen Konflikts“ - sei es die drohende ökologische Katastrophe, die Frauenfrage oder regionale Konflikte jeglicher Art - müßten aufgegriffen und mit den traditionellen Interessen der Beschäftigten zusammengebracht werden. Trentin befürwortete in Hattingen eine radikale Dezentralisierung der gewerkschaftlichen Organisation, flexibles Aufgreifen neuer Lebensbedürfnisse (z. B. Arbeitszeit: „weniger streng, weniger hart“). Die „subjektive Dimension der Bedürfnisse“ sei wiederzuentdecken, Probleme der Lebensumwelt könnten manchmal gar eine „Priorität“ gegenüber den traditionellen gewerkschaftlichen Politikfeldern gewinnen.

Nun mag den italienischen Gewerkschaften mit ihrer ausgeprägteren Tradition des sozialen Protests eine so weitgehende Öffnung gegenüber der übrigen Gesellschaft und gegenüber den neuen sozialen Bewegungen leichter fallen als den deutschen. Hierzulande gibt es - im Zusammenhang mit der Diskussion über die Aufwertung der DGB-Ortskartellarbeit - erst ganz zaghafte Ansätze in diese Richtung. Auch die Jugendbereiche des DGB und der Gewerkschaften haben in den letzten Jahren zuweilen lange Leine bekommen, um den Draht zu den Aktiven der Protestbewegungen nicht vollends zu verlieren. Aber noch sind die Berührungsängste im DGB gegenüber den neuen sozialen Bewegungen um so spürbarer, je mehr man sich den Vorstandsetagen nähert. Nach wie vor hat der DGB-Bundesvorstand noch nicht mit dem Vorstand der seit drei Jahren im Bundestag vertretenen Grünen Partei gesprochen - offenbar sind einige der grünen Spitzenfunktionäre nicht genehm. Vielleicht spekuliert man darauf, daß diese Partei schon im nächsten Jahr wieder verschwunden sein könnte. Aber selbst wenn dies der Fall sein sollte, werden sich die deutschen Gewerkschaften jenen politischen Problemlagen, deren parlamentarischer Ausdruck die Grünen sind, auf die Dauer kaum entziehen können.